115. Ist in betreff der Vorschriften in den §§. 196. 197 St.G.B.'s der Bundesrat als eine Behörde oder als eine politische Körperschaft, bezw. eine gesetzgebende Versammlung zu betrachten? Identität des Bundesrates trotz des Wechsels seiner Mitglieder. Was ist zum Beweise, daß der Bundesrat seine Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilt habe, erforderlich? Gehört dazu insbesondere die Gegenzeichnung des Reichskanzlers?

St.G.B. §§. 196. 197.

Reichsverfassung v. 16. April 1871 Artt. 5. 6. 15. 17 (R.G.B. S. 63).

III. Straffenat. Ur. v. 14. Dezember 1882 g. B. Rep. 1918/82.

I. Landgericht Dresden.

Aus den Gründen:

Nach §. 196 St.G.B.'s haben bei Beleidigungen, die gegen Behörden oder gegen Beamte gerichtet sind, auch deren amtliche Vorgesetzte das Recht des Strafantrages; nach §. 197 a. a. O. bedarf es bei Beleidigungen, die gegen eine politische Körperschaft, z. B. gegen eine gesetzgebende Versammlung des Reiches, gerichtet sind, nicht eines Strafantrages zur Verfolgung, sondern es genügt die Ermächtigung der beleidigten Körperschaft. Mit Rücksicht darauf, daß der Instanzrichter im vorliegenden Falle das Recht der Verfolgung der dem Angeklagten zur Last gelegten Beleidigung des Bundesrates nicht darauf stützt, daß ein Strafantrag gestellt, sondern darauf, daß vom Bundesrate die Ermächtigung zur Verfolgung erteilt worden sei, bestreitet die Revisionschrift die Annahme, der Bundesrat sei eine gesetzgebende Versammlung des Reiches oder doch eine politische Körperschaft, als eine rechtsirrtümliche, und giebt demselben im Gegensatz zu dieser Eigenschaft die einer Behörde. Die Beschwerde ist hinfällig. Der Bundesrat ist eine gesetzgebende Versammlung des Reiches, denn nach Art. 5 der Reichsverfassung wird die Reichsgesetzgebung ausgeübt durch den Bundesrat und den Reichstag; der Bundesrat hat also im Reiche die Funktion der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt neben dem Reichstage, und ist zugleich nach Art. 6 der Reichsverfassung eine Versammlung, nämlich eine Versammlung der Vertreter der Mitglieder des Bundes, deren Beschlüsse durch Abstimmung zustande kommen. Schon aus diesem Grunde ist der Bundesrat im Sinne des §. 197 St.G.B.'s auch eine

politische Körperschaft, denn in diesem Paragraphen umfaßt der Begriff der letzteren alle gesetzgebenden Versammlungen des Reiches und der Bundesstaaten [verbis: „oder gegen eine andere politische Körperschaft“]. Hiermit ist jedoch keineswegs gesagt, daß, damit auf eine Personeneinheit der Begriff der politischen Körperschaft zutreffend sei, die gesetzlichen Aufgaben der Personeneinheit auf die Mitwirkung bei der Gesetzgebung sich beschränken müßten, daß ihr namentlich Aufgaben der Exekutive nicht zugeteilt sein dürften. Das Gegenteil folgt schon daraus, daß der §. 197 a. a. O. außer den sämtlichen gesetzgebenden Versammlungen des Reiches und der Bundesstaaten noch andere politische Körperschaften kennt, der Begriff der letzteren also bestehen kann, ohne daß irgend eine Gesetzgebungsbefugnis vorhanden zu sein braucht. Selbstverständlich ist überdies, daß die Erweiterung der Kompetenz einer Versammlung über die Teilnahme an der Gesetzgebung hinaus die Eigenschaft der Versammlung als einer auch gesetzgebenden nicht aufhebt. Demnach bleibt der Charakter des Bundesrates als einer gesetzgebenden Versammlung und einer Körperschaft, die schon deshalb eine politische Körperschaft ist, weil sie eine gesetzgebende Versammlung ist, unangetastet durch den Umstand, daß der Bundesrat auch ein Verwaltungsrecht hat (Art. 7 Ziff. 2 der Reichsverfassung), daß er bei der Ernennung gewisser Kategorien von Reichsbeamten und bei der Auflösung des Reichstages mitwirkt (Art. 24 a. a. O.), die Exekution gegen Bundesglieder beschließt (Art. 19 a. a. O.), der Kriegserklärung im Namen des Reiches zustimmen muß (Art. 11 a. a. O.), im Zoll- und Steuerwesen, im Reichsschuldenwesen ausgedehnte Kontrollbefugnisse ausübt und dergleichen mehr. Ebenfowenig steht es dem Charakter des Bundesrates als einer politischen Körperschaft und einer gesetzgebenden Versammlung entgegen, daß seine Organisation und seine Thätigkeit eine Reihe von Eigentümlichkeiten zeigen, welche von denen anderer gesetzgebenden Versammlungen abweichen. Diese Eigentümlichkeiten hängen damit zusammen, daß er nicht eine Vertretung der Nation bei ihrer Regierung, sondern eine Vertretung der Staaten darstellt, welche Mitglieder des Bundes sind (Art. 6 der Reichsverfassung). Aus diesem Grunde bedürfen seine Mitglieder der Vollmacht der Souveräne der Einzelstaaten, können nicht zugleich Mitglieder des Reichstages sein, haben nicht ihre persönliche Überzeugung, sondern die Überzeugung und den Willen ihrer Vollmachtgeber geltend zu machen, müssen also nach

den ihnen gegebenen Instruktionen verfahren, genießen diplomatischen Schutz, stimmen nicht nach Individuen, sondern nach Staaten. Der Bundesrat ist daher allerdings nicht das, was gewöhnlich unter dem Namen einer parlamentarischen Versammlung verstanden wird; der §. 197 a. a. O. spricht aber auch nicht bloß von parlamentarischen Versammlungen und hat den Begriff der gesetzgebenden Versammlungen auf solche nicht eingeschränkt. Hiermit erledigen sich die Ausführungen der Revisionschrift, mit welchen aus den besonderen Eigenschaften der parlamentarischen Körperschaften — Wahl durch die Nation, freie Abstimmung, Freiheit von amtlicher Einwirkung — bewiesen werden soll, daß der Bundesrat keine politische Körperschaft, bezw. keine gesetzgebende Versammlung sei.

Soviel die weiteren Ausführungen der Revisionschrift darüber, daß der Bundesrat vielmehr eine Behörde sei, betrifft, so kann man einräumen, daß sich aus dem Reichsstaatsrechte, auch aus dem Art. 18 der Reichsverfassung, welcher nur für den Begriff der Reichsbeamten wichtig ist, kein genügender Grund würde entnehmen lassen, dem Bundesrate den Namen einer „Behörde“ abzuspochen, und zwar einer Behörde, welche nicht die persönliche Meinung ihrer Mitglieder oder einer Mehrheit derselben zum Ausdruck zu bringen, und keinen Vorgesetzten, namentlich nicht, wie die Revisionschrift glaubt annehmen zu dürfen, den Reichskanzler zum Vorgesetzten hat, sondern im Namen und Auftrage der Bundesregierungen als das oberste Organ der Reichsstaatsgewalt thätig wird. Dem Reichskanzler steht zwar der Vorsitz zu, und er hat die Leitung der Geschäfte (Art. 15 der Reichsverfassung), er ist aber nicht der Vorgesetzte des Bundesrates. Es würde daher auch nicht möglich sein, daß der Reichskanzler wegen einer dem Bundesrate zugefügten Beleidigung Strafantrag stellte. Wenn man aber auch mit Rücksicht auf eine Anzahl der dem Bundesrate durch Verfassung und Gesetz zugewiesenen Funktionen den Begriff einer obersten Reichsbehörde auf denselben zutreffend finden wollte, so würde doch damit nichts gegen die Anwendbarkeit des §. 197 St.G.B.'s entschieden sein. Die Begriffe „Behörde“ in §. 196 a. a. O. und „politische Körperschaft“ in §. 197 schließen einander aus, und es ist unzweifelhaft, daß nach §. 197 jede gesetzgebende Versammlung des Reiches und der Bundesstaaten eine politische Körperschaft, der Bundesrat aber nach Art. 5 der Reichsverfassung eine gesetzgebende Versammlung des

Reiches ist; und hieraus folgt, daß der Bundesrat nicht eine „Behörde“ in dem Sinne sein kann, in welchem der §. 196 a. a. O. dieses Wort versteht. Ob er in anderem Sinne als eine Behörde bezeichnet werden könnte, ist aber für die hier zu beantwortende Frage, ob er bei Beleidigungen zur Strafverfolgung Ermächtigung zu geben habe, gleichgültig, denn diese Frage kann eben nur aus den §§. 196. 197 a. a. O. beantwortet werden, und aus der in diesen Paragraphen geschehenen Entgegensetzung der „Behörden“ einerseits und der gesetzgebenden Versammlungen und anderen politischen Körperschaften andererseits ergibt sich, daß eine Körperschaft, die zu den letzteren gehört, in der hier in Rede stehenden Beziehung nicht zu den ersteren gerechnet werden kann. Überdies hat der Sprachgebrauch der Reichsgesetzgebung den Namen einer „Behörde“ für den Bundesrat verworfen. Derselbe könnte als Behörde nur, wie schon gesagt, die oberste Reichsbehörde sein, aber verschiedene gesetzliche Bestimmungen stellen ihn vielmehr in Gegensatz zu der „obersten Reichsbehörde“. Insbesondere giebt der §. 66 des Gesetzes vom 31. März 1873 über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten in gewissen Fällen einen Refurs gegen die Entscheidung der obersten Reichsbehörde an den Bundesrat, bindet der §. 68 a. a. O. die oberste Reichsbehörde an die Zustimmung des Bundesrates, deklariert die Verordnung vom 23. November 1874, was unter den obersten Reichsbehörden verstanden werde, wobei vom Bundesrate nicht die Rede ist, und spricht das Gesetz vom 17. März 1878, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, in §. 2 von den dem Reichskanzler untergeordneten obersten Reichsbehörden. Hiernach kann hinsichtlich der Verwerflichkeit der erwähnten Revisionsbeschwerde überall kein Zweifel übrig bleiben.

Wenn die Revisionschrift aus der Art der Zusammensetzung des Bundesrates und aus der Natur „seiner Amtspflicht,“ unter Citierung der Schlußbestimmung des Art. 6 der Reichsverfassung folgert, der Bundesrat könne nicht beleidigt werden, weil jede Beleidigung nur die Mitglieder des Bundes treffen könnte, nach deren Instruktion die Mitglieder des Bundesrates stimmen müßten, so ist erkannt worden, daß der Abstimmung Beratungen vorausgehen, welche namentlich auch auf die Instruktion für die Abstimmung Einfluß üben können, daß schon aus diesem Grunde eine persönliche Bethätigung der Mitglieder des Bundesrates, unbeschadet der Gebundenheit derselben bei der Abstimmung an Instruktionen, stattfindet, und daß hiermit die Voraussetzung

erfüllt wird, unter der sich in einer Personeneinheit das Bewußtsein einer gemeinsamen Ehre bilden kann, welches die positive Gesetzgebung zu den Vorschriften über Beleidigung von Personeneinheiten, nämlich Behörden und politischen Körperschaften, veranlaßt hat. Über das positive Recht kann übrigens durch derartige Deduktionen, wie die der Revisionschrift, kein Zweifel entstehen; hat man anzuerkennen, daß der Bundesrat eine gesetzgebende Versammlung und eine politische Körperschaft ist, so steht die Möglichkeit einer Beleidigung desselben aus §. 197 a. a. O. positiv fest.

Daraus, daß der Bundesrat, welcher im Jahre 1878 das Sozialistengesetz beraten habe, nicht identisch mit der gleichnamigen Körperschaft der Jahre 1881 und 1882 sei, folgert die Revisionschrift, daß diese letztere Körperschaft nicht die Ermächtigung zur Verfolgung einer dem Bundesrate, welcher das Sozialistengesetz beriet, zugefügten Beleidigung habe erteilen können. Die Folgerung fällt mit ihrer Voraussetzung. Die einzelnen Mitglieder des Bundesrates waren in den Jahren 1881 und 1882 zum Teil andere, als im Jahre 1878; die politische Körperschaft des Bundesrates war keine andere geworden. Die Identität des Bundesrates in den verschiedenen Jahren seines Bestehens und seiner Wirksamkeit ergibt sich staatsrechtlich aus seiner Eigenschaft als einer durch die Reichsverfassung geschaffenen ständigen Institution und ist vom Wechsel seiner Mitglieder unabhängig. Als beleidigt bezeichnet aber das angefochtene Urteil den Bundesrat als staatsrechtliches Ganzes, nicht die einzelnen Personen, welche als Mitglieder desselben das Sozialistengesetz berieten, und auch die „Ermächtigung“ des §. 197 St.G.B.'s setzt eine gegen das staatsrechtliche Ganze der politischen Körperschaft gerichtete Beleidigung voraus, während Beleidigungen, die sich gegen die Personen einzelner Mitglieder als solche richten, auf Strafantrag dieser einzelnen Personen zu verfolgen sind, wie andere individuelle Beleidigungen.

Eine weitere Beschwerde stützt die Revision auf die Behauptung, daß, wenn hier zur Strafverfolgung eine Ermächtigung des Bundesrates genügen sollte, diese Ermächtigung nicht in der Form zu den Akten gebracht worden sei, welche man fordern müsse, um eine solche prozessualische Grundlage des Verfahrens als gegeben annehmen zu können. In den Akten befindet sich die unbeglaubigte Abschrift eines Schreibens, welches, zufolge dieser Abschrift, am 19. Februar 1882

aus dem Reichsamte des Inneren in Berlin an das Königl. sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet wurde, unterzeichnet ist, „der Reichskanzler, in Vertretung (S. B.) Cä“ und mitteilt, der Bundesrat habe in seiner Sitzung vom 14. Februar 1882 beschlossen, die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung derjenigen Personen zu erteilen, welche die unter den Anlagen befindlichen Flugblätter „Wähler von Altstadt-Dresden“ etc hergestellt und verbreitet hätten. Diese Abschrift ist Anlage der gleichfalls unbeglaubigten Abschrift eines Beschlusses vom 22. Februar 1882, wodurch das Königl. sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten dem Königl. sächsischen Justizministerium eine Abschrift mitteilt, ohne deren Inhalt zu bezeichnen. Beide Abschriften aber bilden in den gegenwärtigen Akten die Anlagen eines Originalschreibens aus dem lehterwähnten Ministerium an die sächsische Staatsanwaltschaft in Dresden vom 25. Februar 1882. Dem Instanzrichter kann darin nur beige-
stimmt werden, wenn er die Richtigkeit der Abschriften für konstatiert durch das Originalschreiben ansieht, demnach auch dem Inhalte der Abschrift Glauben schenkt und hierdurch die Thatfache für hinreichend festgestellt hält, daß der Bundesrat die hier in Rede stehende Ermächtigung wirklich gegeben habe. Die in der Revisionschrift behauptete Verpflichtung des Richters, die Ermächtigung in Urschrift zu verlangen, wird durch keine gesetzliche Vorschrift begründet. Die Bestimmungen der Prozeßordnung über die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung beziehen sich auf den Beweis des Thatbestandes, zu welchem die Ermächtigung des §. 197 a. a. O. nicht gehört. Die Deduktion der Revisionschrift, die Unterschrift unter jenem Schreiben aus dem Reichsamte des Inneren entspreche nicht dem Art. 15 der Reichsverfassung, wonach Beschlüsse des Bundesrates nur durch Ausfertigung des Bundesratsprotokolles, oder durch Zeugnisse des Reichskanzlers oder durch Zeugnis eines vom Reichskanzler schriftlich substituierten Bundesratsmitgliedes „zur äußeren für den Richter maßgebenden Erscheinung kommen können,“ sodasß der Instanzrichter durch seine Annahme, der Bundesrat habe die Ermächtigung erteilt, den Art. 15 der Reichsverfassung ver-
lege, entbehrt jeden Haltes. Der Art. 15 bezieht sich, wie schon erwähnt, auf den Vorsitz im Bundesrate und auf die formelle Leitung der Geschäfte desselben nach Maßgabe der Geschäftsordnung und hat mit dem prozessualischen Beweise, daß der Bundesrat einen Beschluß

gefaßt habe, nicht das mindeste zu thun. Auch die Substitutionsbefugnis des Absatz 2 des Art. 15 betrifft nur den Vorsitz im Bundesrate. Die Unterschrift — Gegenzeichnung — des Reichskanzlers (Art. 17 der Reichsverfassung) bildet ein Erfordernis für Anordnungen und Verfügungen des Kaisers; für die Beschlüsse des Bundesrates ist keine Kontrafignatur des Reichskanzlers vorgeschrieben; die Gegenzeichnung hat aber überhaupt keine Bedeutung bei einfachen Mitteilungen des Inhaltes, daß ein Beschluß gefaßt worden sei, und eine solche Mitteilung ist das Schreiben vom 19. Februar. Die Unterzeichnung dieses Schreibens ist lediglich basiert auf die durch das Gesetz vom 17. März 1878 geordnete Vertretung des Reichskanzlers durch die Vorstände der Reichsämter. Überdies kommt hier auf die Frage, inwieweit und in welcher Form eine Vertretung des Reichskanzlers zulässig sei, auch deshalb nichts an, weil es sich bei dem Schreiben vom 19. Februar nicht um die Gültigkeit einer Verfügung, sondern um die Richtigkeit eines Faktums handelt. Die Ausstellung der Revisionschrift gegen die Unterzeichnung des Schreibens entbehrt daher jedes erfindlichen Grundes. Für die altentmässige Feststellung der Ermächtigung des Bundesrates zur Strafverfolgung bestehen keinerlei andere Voraussetzungen, als für die altentmässige Feststellung irgend einer anderen prozessualisch erheblichen Thatsache.